



HESSISCHER LANDTAG

11. 10. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Hessische Kitas entlasten, Erzieherinnen und Erzieher unterstützen, Ausbildungs- und Studienkapazitäten steigern

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Kinderbetreuung in Kindertagesstätten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiger Schlüssel für die persönliche Entwicklung von Kindern und deren weiteren Bildungsweg sowie für die Chancengleichheit von Kindern. Gleichzeitig ist sie eine wichtige Säule zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die größte Finanzverantwortung für den gesamten Bereich der Kinderbetreuung tragen die hessischen Städte und Gemeinden. Das Land muss die Träger angesichts der enormen Ausbau- und Investitionsbedarfe endlich stärker bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe mit originären Landesmitteln unterstützen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Not in den hessischen Kitas groß ist. Überall fehlt es an Personal, der Bedarf an Kita- und Krippenplätzen kann nicht gedeckt werden und vielerorts müssen Öffnungszeiten eingeschränkt werden. Die gesetzlich verankerten qualitativen Maßnahmen können aufgrund der dünnen Personaldecke ebenfalls nicht in allen Einrichtungen umgesetzt werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung mit dem Kita-Qualitätsgesetz die Länder weiterhin bei der Kinderbetreuung unterstützt. Hierbei wird erneut der Schwerpunkt auf die Verbesserung der Betreuungsrelation und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot gelegt. Jede qualitative Verbesserung lässt sich jedoch nur mit mehr Fachkräften umsetzen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich zu handeln und eine echte Fachkräfteoffensive zu starten. Kinder brauchen eine gute und verlässliche frühkindliche Förderung und Bildung. Ohne nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, eine Entlastung der Beschäftigten und eine finanzielle Aufwertung des Berufs wird sich die Situation in den Kitas nicht verbessern.
5. Um die Ausbildung besser begleiten zu können und das Personal in den Kitas zu entlasten, bedarf es mehr Zeit für die Praxisanleitung in den Einrichtungen. Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Zeiten für die Anleitung der Auszubildenden und Praktikantinnen und Praktikanten anzupassen und zu verbessern.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Ausbildungs- und Studienkapazitäten in den Fachschulen und Hochschulen aufzustocken. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, unverzüglich ein Konzept vorzulegen, wie der ständig steigende Bedarf von pädagogischen Fachkräften in den hessischen Kitas sowohl durch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten als auch zusätzlicher Studienplätze gewährleistet werden kann.
7. Um die Attraktivität der Ausbildung zu stärken, fordert der Landtag die Landesregierung weiterhin auf, das Schulgeld abzuschaffen und die Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher grundsätzlich zu vergüten.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Plausibilisierungsprozess zur Zulassung für die Ausbildung zur/zum Erzieherin/Erzieher und Sozialassistent/Sozialassistentin zu überarbeiten. Um Fachkräfte zu erhalten und neues Personal zu gewinnen, müssen Menschen nach ihren individuellen Voraussetzungen in Betracht gezogen werden. Hierbei gilt es auch, die Altersgrenze und schulische Abschlussbestimmungen sowie die Anrechnung von Praxiszeiten zur Zulassung zu überarbeiten.

9. Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung trotz des Auslaufens des Förderprogramms für Sprach-Kitas weiterhin einen Fokus auf die sprachliche Entwicklung der Kinder legt. Sie muss gemeinsam mit den Ländern, orientiert am Bundesratsbeschluss, eine Lösung zur Sicherung der Anschlussfinanzierung finden. Eine dauerhafte Vollfinanzierung durch den Bund ist jedoch nicht möglich, da die staatliche Aufgabenerfüllung im Bereich der Kindertagesbetreuung grundsätzlich in der Zuständigkeit der Länder liegt. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, eine Fortführung der Finanzierung der „Sprach-Kitas“ ab dem 1. Januar 2023 zu garantieren und dafür Landesmittel zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Oktober 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph